

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Zugabe zum  
„Tageblatt“ Riesa.

Amtsblatt

St. 10.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,  
sowie den Gemeinderat Orzfa.

Nr. 40.

Freitag, 18. Februar 1910, abends.

68. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Vorzahlung in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Zeitungs-Vertriebsstellen 1 Mark 60 Pfg., bei Abnahme am Schalter der Lokalt. Postanstalten 1 Mark 60 Pfg., durch den Briefträger bei Post 2 Mark 7 Pfg. Nach Abnahme am Schalter werden angenommen. Einzelhefte 10 Pfg. Die Nummer des Bezugsjahres ist die Nummer des Bezugsjahres. Die Nummer des Bezugsjahres ist die Nummer des Bezugsjahres.

Verlagsort und Verlag von Zanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 52. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Im Kautionslotto kommen

Montag, den 21. Februar 1910, vorm. 10 Uhr  
1 Pfahlsche und 1 Vertiko gegen sofortige Bezahlung zur Versteigerung.  
Riesa, 16. Februar 1910.  
Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Freibank Riesa.

Morgen Sonnabend, den 19. Februar d. J., von vorm. 1/2 Uhr ab gelangt auf  
der Freibank im städtischen Schlachthof Rindfleisch zum Preise von 60 Pfg. pro  
1/2 kg zum Verkauf.  
Riesa, den 18. Februar 1910.  
Die Direktion des Rbt. Schlachthofes.

## Derliche und Sächsisches.

Riesa, 18. Februar 1910.

Der Nationalistische Verein zu Weissen hatte unter dem Datum des 14. Februar an den Reichstagsabgeordneten unseres Bezirkes, Gutsbesitzer Gabel, ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn bat, gegen den in dieser Woche zur Beratung stehenden sogenannten „kleinen Toleranzantrag“ des Zentrums Stellung zu nehmen. Es handelt sich dabei um den bekannten Versuch des Zentrums, die Selbstständigkeit der kirchlichen Landesgesetzgebung durch Reichsgesetzgebung derart zu beschränken, daß der kirchlichen Betätigung der katholischen Kirche, namentlich in Rücksicht auf ihre Propaganda, gesetzliche Beschränkungen nicht mehr auferlegt werden können. Reichstagsabgeordneter Gabel hat darauf umgehend geantwortet, daß er schon aus innerer Überzeugung gegen den Antrag stimmen und daß sich hoffentlich eine Mehrheit gegen den Antrag finden werde. Das ist um so bemerkenswerter, als die Wirtschaftliche Vereinigung seinerzeit eine Resolution gefaßt hatte, die den Zentrumswünschen nicht ungünstig war. — Wie Herr Reichstagsabgeordn. Gabel so heute telegraphisch, wurde der Antrag Vertiko (Toleranzantrag), über den zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung abgestimmt wurde, mit 160 gegen 150 Stimmen, bei 8 Stimmenthaltungen, abgelehnt. Der Zusatzantrag Albrecht (os.) und Genossen wurde mit 203 gegen 89 Stimmen abgelehnt. (Siehe auch Reichstagsbericht.)

Den hiesigen Gafen hatten in diesem Winter insgesamt 80 Röhre zur Ueberwinterung aufgesucht, das sind 41 weniger als im vorigen Winter. Der verhältnismäßig schwache Besuch des Hafens in diesem Winter hat seine Ursache darin, daß auf der Unterelbe die Schifffahrt während der Wintermonate eine völlige Unterbrechung nicht erfahren hat. Der Hafen beginnt sich jetzt allmählich zu leeren.

Der Aufsichtsrat der Elektrizitätswerke Betriebs-A. G., Riesa, deren gesamtes Aktienkapital sich im Besitz der Elektrizitätsgesellschaft in Dresden befindet, beschloß in seiner gestrigen Sitzung, der zum 18. März d. J. einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6% (i. V. 5 1/2 %) vorzuschlagen.

Auf der 8. Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller wurden im Anschluß an das Referat des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Giese- mann über „Industrie und Gesetzgebung“ folgende Resolutionen angenommen: 1. Die 8. Hauptversammlung des Verbandes nimmt in jeder Beziehung der von dem Verbande an die Ständekammern des Landes gerichteten Forderung betreffend die Vertretung der Industrie in der ersten Ständekammer zu und fordert den Verband auf, mit allen Kräften für diese von dem Verbande seit seiner Begründung vertretenen Forderung einzutreten. 2. Die 8. Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller hält angeht die bedeutsamen Exportinteressen Sachsens und der großen Mannigfaltigkeit seiner Industrie eine stärkere Vertretung der sächsischen Industrie in dem Wirtschaftlichen Ausschuss für notwendig und beauftragt den Verband, in diesem Sinne bei den maßgebenden Behörden vorstellig zu werden. — Auf die Begründungsgramme, die der Verband an Se. Majestät den Kaiser und an Se. Majestät den König Friedrich August gesandt hatte, dankte König Friedrich August noch am gleichen Tage von Weipitz aus für die freundliche Begrüßung, ebenso am folgenden Tage Se. Majestät der Kaiser durch den Chef des Stollkabinetts von Salsitz.

Der Verein Sächsischer Gemeindebeamter hatte sich, wie das „Sächs. Ztbl.“ berichtet, mit der Bitte an das Reichsministerium des Innern gewandt, daß die Bestimmungen wegen des Reichsbeschlusses des Pfändelabzuges auch auf diejenigen Personen Anwendung finden mögen,

die ihn vor dem Jahre 1908 genossen, im Jahre 1908 aber ihrer Militärpflicht genügt haben oder im Herbst 1908 vom Militär entlassen wurden und bis zum Ende des Jahres ohne festes Einkommen gewesen sind. Das Ministerium hat sich in seinem Bescheide in abweisendem Sinne ausgesprochen. Für das Fortbestehen des Pfändelabzuges komme nach dem Bescheide vom 23. Dezember 1908 nur der Rechtsstand des Jahres 1908 in Betracht. Wer im Jahre 1908 kein festes Einkommen in Sachsen oder Preußen, habe keinen ferneren Anspruch auf den Pfändelabzug. Das Ministerium des Innern sei somit nicht in der Lage, zugunsten der Betroffenen etwas zu verfügen. Eine Abänderung des Bescheides anzustreben, sei aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausgeschlossen.

Die nächste Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins wird zu Michaelis dieses Jahres stattfinden. Für sie liegt bereits ein überaus reichhaltiger Arbeitsplan vor. In erster Linie sollen wiederum solche Fragen zur Behandlung kommen, deren Klärung für das neue Schulgesetz erwünscht ist, z. B.: Wiedereinstellung der Schul-, Arbeits- und innere Verwaltung der Volksschule, die Anstellungs- und Rechtsverhältnisse der Lehrer, Fortbildungsschule und ergiebige Veranstaltungen für das nachschulische Alter, sechentes Seminarjahr, Schulferien, Fürsorge für schwachbegabte Kinder, schulpflichtige Forderungen usw. Die zur Reform des Religionsunterrichts, zur Frage der Schulleitung und Schulaufsicht usw. bereits vorliegenden Beschlüsse des Sächsischen Lehrervereins sollen mit den zu obigen Fragen noch ausstehenden Forderungen in einer Denkschrift zusammengestellt und begutachtet werden. Mit der Bearbeitung dieser Denkschrift wurde in der letzten Vorstandssitzung des Sächsischen Lehrervereins der Leipziger Lehrerverein beauftragt.

Zur bevorstehenden Entlassung der Konfirmanten und der damit verbundenen Berufswahl wird dem „Dresdner Anzeiger“ von berufener Seite geschrieben: „Jeder junge Mann, der jetzt die Volksschule verläßt, kann nicht dringend genug vor der Ergreifung des Schreibberufes gewarnt werden; hat doch gerade dieser Beruf in der jetzigen Zeit doppelt an dem großen Ueberangebot von Arbeitskräften zu leiden. Infolge der ausgiebigen Verwendung der Schreibmaschine, deren Bedienung wiederum fast ausschließlich von weiblichen Hilfskräften erfolgt, und der erhöhten Inzidenz der Stenographie, ist eine erhebliche Vereinfachung des Schreibberufs herbeigeführt worden, woraus sich naturgemäß eine bedeutende Stellenverminderung ergibt. Hierzu tritt noch das Bestehen der Staats- und Gemeindeförderungen, möglichst an Beamtenstellen zu sparen und das bevorstehende Inkrafttreten der neuen Gebührenordnung für Rechtsanwälte und die neue Stollprozedurordnung sind alles wohl zu beachtende Umstände, die das Vorwärtskommen eines vor allen Dingen nur mit Volksschulbildung ausgerüsteten jungen Mannes direkt ausschließen. Ein Blick in die Statistik und Stellenangebote der größeren Verbände dieser Berufsklasse zeigt die herrschende große Notlage und die über die Einkommensverhältnisse dieser Kategorie angefertigten Erhebungen führen eine so deutliche Sprache, daß eine weitere Begründung überflüssig ist. Eine besonders schädliche Bedeutung aber auch die Verpflichtung der Staats- und Gemeindeförderungen, bei Stellenbesetzungen den Militäranwärtern den Vorrang zu geben, und fast man dann weiter ins Auge, daß die Beschäftigung von jungen Leuten fast ausschließlich vom Verbleib des einjährigen-Bezugsjahres abhängig gemacht wird, so erdrückt sich wohl ein weiterer Kommentar über die Aussichtslosigkeit in dem Bureaubeamtenstande.“

Ein „deutscher Bauernbund im Königreich Sachsen“ ist gegründet worden und hat in Dresden eine Geschäftsstelle ins Leben gerufen. Im Programm des neugegründeten Verbandes heißt es u. a.: „Die Aufgaben des „deutschen Bauernbundes im Königreich Sachsen“ bestehen in der energischen Vertre-

tung der wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und finanziellen Interessen des kleineren und mittleren Gutsbesitzers bei den zuständigen Stellen im Reich und im Lande. Der Bauernbund will festhalten an unserer bewährten Schutzpolitik; er wird eintreten in Steuerfragen für eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lasten somit auch für eine Befreiung der Vorrechte der exempten Güter und Rittergüter; er wird tatkräftig mitwirken in allen wichtigen landwirtschaftlichen Fragen, z. B. bei der Verbesserung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande, bei der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes, bei der Bekämpfung der Mißbräutigungsverhältnisse, sowie bei rigoroser Handhabung der Viehschau- und der polizeilichen Milchkontrolle. Wenn auch der „deutsche Bauernbund im Königreich Sachsen“ der Ueberzeugung ist, daß kein Staatswesen ohne den Ueberbau einer zahlreichen und gesunden Landbevölkerung auf die Dauer bestehen kann, und aus diesem Grunde von den übrigen Berufsständen eine wohlwollende Behandlung aller seiner Forderungen erwartet, so will er doch dieselben niemals einseitig und rücksichtslos vertreten, sondern mit dem ebenfalls schwer um seine Existenz ringenden gewerblichen und kaufmännischen Mittelstande Fühlung nehmen, wie er auch Industrie und Handel nicht als seine Gegner, sondern als gleichberechtigte, notwendige Glieder unserer Volkswirtschaft ansieht.“

Die hiesigen Stadtverordneten lehnten mit zwei Stimmen Mehrheit den Vorschlag ab, an der untersten Klasse der hiesigen Fortbildungsschule den Turnunterricht obligatorisch einzuführen. Die Anregung zu dem Antrag war von dem Turnverein von 1862 ausgegangen, der sich auch bereit erklärte, durch seine Fortturner und Turnwarts den Turnunterricht unentgeltlich zu erteilen. Gegen den Antrag hatten sich insbesondere die Junagengewerbeten.

Dem hiesigen Hausbesitzerverein brachte das Jahr 1909 einige schöne Erfolge. Es gelang ihm, einen Verlethausauschuss ins Leben zu rufen und damit zur Hebung der Stadt wieder einen Schritt vorwärts zu tun. Auch eine direkte Förderung der Interessen seiner Mitglieder erreichte er, indem es ihm gelang, eine Erhöhung der Wohnungsmieten durchzuführen. Da das vergangene Jahr auch einen erheblichen Vermögensüberschuss brachte, konnten außerdem noch die Mitgliedsbeiträge ermäßigt werden.

Herrn Kreisauptmann Dr. von Oppen wollte am Dienstag in unserer Stadt und beehrte die Krankenhäuser und mehrere Fabriken mit seinem Besuche. Begleitet von Herrn Amtshauptmann von Oer und Herrn Bürgermeister Dr. Ah, die den Kreisauptmann am Bahnhofe empfangen hatten, besuchte er zunächst das städtische Krankenhaus und dann das Radelwerk der gereinigten Fabriken englischer Sicherheitshändler, Traht- und Radelwerke in Scheila. Sodann wurde dem städtischen Krankenhaus und der Fabrik von Viehoff u. Sode ein Besuch abgestattet. Am späteren Nachmittag besuchte der Kreisauptmann in Begleitung seiner Familie alban: noch die königliche Porzellan-Manufaktur. — Der Rechtsstreit des Staatsfiskus gegen die Stadt Riesa wurde vor der Kreisauptmannschaft Dresden als Verwaltungsgericht zum Austrag gebracht. Es handelte sich hierbei um den Fußweg auf der hiesigen Eisenbahnbrücke, den der Staatsfiskus entgegen der Ansicht der Stadtverwaltung als nicht öffentlichen betrachtet wissen wollte. Das Gericht entschied zugunsten der Stadt Riesa.

Kosbau bei Wittweiba. Unser Ort ist vom Glück ganz besonders begünstigt. Das „große Los“ und die Prämie der Landeslotterie und die Prämie der Sächsischen Lotterie sind nach Kosbau gekommen. Bei der in vergangener Woche gezogenen 3. Klasse der Landeslotterie ist Kosbau wieder mit einem Betrag von 5000 Mark Hauptgewinn bedacht worden. Es hat damit einen alten, treu gedienten Feuerwehr-Kameraden